„Park' doch, wo du wohnst!"

Die ***DPolG*** fordert die Behördenleitung dringend auf, sich bis auf Weiteres gegen die geplante Einführung des Bewohnerparkens im Umfeld der polizeilichen Liegenschaft Alsterdorf auszusprechen!

© DPolG Hamburg

Mit schöner Regelmäßigkeit werden die Kolleginnen und Kollegen der Hamburger Polizei von der Behördenleitung mit Dankesworten in mündlicher und schriftlicher Form bedacht. Insbesondere zum Jahreswechsel. Aber auch nach kräfte- und nervenzehrenden polizeilichen Großeinsätzen, werden die Einsatzkräfte gelobt und die besondere Leistungsbereitschaft unserer Kolleginnen und Kollegen wird als beispielgebend hervorgehoben. Das ist so auch völlig in Ordnung und das haben sich alle Polizeibeschäftigten aller Organisationseinheiten der Polizei Hamburg auch redlich verdient. Schön wäre es allerdings, wenn sich politisches Verständnis und Unterstützung auch in der pragmatischen Bewältigung von Alltagsproblemen unserer Kolleginnen und Kollegen niederschlagen würden. Interessant wird es nämlich immer dann, wenn es konkret wird!

In wenigen Monaten soll auch im Bereich der Liegenschaft Alsterdorf das Bewohnerparken eingeführt werden

Was sich völlig unspektakulär anhören mag, hat für viele unserer Kolleginnen und Kollegen erhebliche Konsequenzen. Dazu Thomas Jungfer, Landesvorsitzender der ***DPolG Hamburg***: „In vielen Hamburger Stadtteilen und Wohngebieten sehen sich Autofahrer als An- oder Bewohner, Gewerbetreibende oder Anlieger einem enormen Parkdruck ausgesetzt. Der Senat versucht im Rahmen der sogenannten Verkehrswende teilweise Abhilfe zu schaffen und weist vermehrt Bewohnerparkgebiete aus. Das soll im Frühjahr des kommenden Jahres auch im Bereich der Polizeiliegenschaft Alsterdorf passieren. Teile von Winterhude und Alsterdorf sind jedoch Standorte für das Polizeipräsidium, die Landesbereitschaftspolizei, die Polizeiverwaltung, die Polizei-IT und die Akademie der Polizei. Der bereits jetzt nur begrenzt zur Verfügung stehende Parkraum, wird durch zukünftige Baumaßnahmen weiter dezimiert. Viele meiner Kolleginnen und Kollegen sind im Schicht- und Wechselschichtdienst tätig und müssen darüber hinaus jederzeit mit Alarmierungen rechnen. Für diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die oftmals im Hamburger Umland wohnen, ist der ÖPNV keine Alternative – sie sind zwingend auf ihr Auto angewiesen. Sollte das Bewohnerparken im Bereich Alsterdorf wie geplant umgesetzt werden, kommen auf viele Kolleginnen und Kollegen der Polizei erhebliche Probleme zu. Auch in anderen Stadtteilen wurde bereits das Parken für die Polizeibeschäftigten durch die Einrichtung des Bewohnerparkens erheblich erschwert. Ich fordere Innensenator Andy Grote (SPD) dringend auf, sich endlich der berechtigten Anliegen der Polizeibeschäftigten anzunehmen und im Dialog mit Verkehrssenator Anjes Tjarks (Bündnis 90/Die Grünen) eine Lösung herbeizuführen. Das wäre eine praktische und wirklich wertschätzende Unterstützung für die Polizei."

Der Landesvorstand

Vom Anwohner- zum Bewohnerparken

Im Mai 1998 wurde die Praxis, großflächige Anwohnerparkzonen zuzuweisen, wie sie bis dahin häufiger in Großstädten praktiziert worden war, durch das Bundesverwaltungsgericht für rechtswidrig erklärt. Grund dafür war, dass der Begriff des Anwohners eine enge räumliche Verbindung zwischen Wohnung und Fahrzeugabstellort verlangt. Damit hätten sich Anwohnerparkzonen in der Regel nicht über mehr als zwei bis drei Straßen erstrecken dürfen. Die entsprechende Rechtsgrundlage zur Anordnung von flächenhaften Parkbevorrechtigungen für Anwohner war damit nicht vorhanden. Der Gesetzgeber änderte daraufhin das Straßenverkehrsgesetz und ersetzte den Begriff Anwohner durch Bewohner. In der Folge änderte dann das Bundesverkehrsministerium die Straßenverkehrsordnung (StVO) entsprechend. Um der Umbenennung Rechnung zu tragen, mussten bundesweit alle Anwohnerschilder in Bewohnerschilder geändert werden. Im August 2020 urteilte das Sächsische Oberverwaltungsgericht, dass eine Ausdehnung von 1.000 Metern nach der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur StVO unter keinen Umständen überschritten werden dürfe, und verhinderte so die Einführung einer Bewohnerparkzone in Leipzig.

Impressum:

Redaktion:
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)
Erdkampsweg 26
22335 Hamburg
Tel. (0 40) 48 28 00
Fax (0 40) 25 40 26 10
Mobil (01 75) 3 64 42 84
E-Mail: FRHamburg@gmx.de

Landesgeschäftsstelle:
Holzdamm 18, 20099 Hamburg
Tel. (0 40) 25 40 26-0
Fax (0 40) 25 40 26 10
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de
Geschäftszeit: Montag bis Donnerstag, 9.00 bis 17.00 Uhr, Freitag, 9.00 bis 15.00 Uhr

Fotos: Michael Adomat, Frank Riebow, Friedhelm Windmüller, ***DPolG Hamburg***

ISSN 0723-2230

Personalversammlung 2022

Corona, Einsatz- und Personalsituation, Nachwuchsgewinnung, amtsangemessene Alimentation und die Steigerung der Berufsattraktivität innerhalb aller Laufbahnzweige der Polizei im Fokus – Innensenator Andy Grote (SPD): „Regelaltersgrenze 60 Jahre steht – Innere Sicherheit bleibt Schwerpunkt des Senats“ – Polizeipräsident Ralf Martin Meyer: „Polizei strebt Lösung für das sogenannte Bewohnerparken an“

Rund 1.100 Kolleginnen und Kollegen haben am 25. November an der diesjährigen Personalversammlung der Polizei in der Laeiszhalle teilgenommen. Die viereinhalbstündige Veranstaltung wurde vom vor wenigen Monaten wiedergewählten Personalratsvorsitzenden und Ersten stellvertretenden *DPolG*-Landesvorsitzenden Klemens Burzlaff eröffnet und geleitet. Nach – fast auf den Tag genau – drei Jahren pandemiebedingter Zwangspause war es endlich wieder möglich, eine Personalversammlung durchzuführen und mit den Kolleginnen und Kollegen sowie der Behörden- und Amtsleitung ins Gespräch zu kommen.

DPolG-Landesvorsitzender Thomas Jungfer

© Michael Adomat (3)

Personalratsvorsitzender Klemens Burzlaff leitete souverän die diesjährige Personalversammlung.

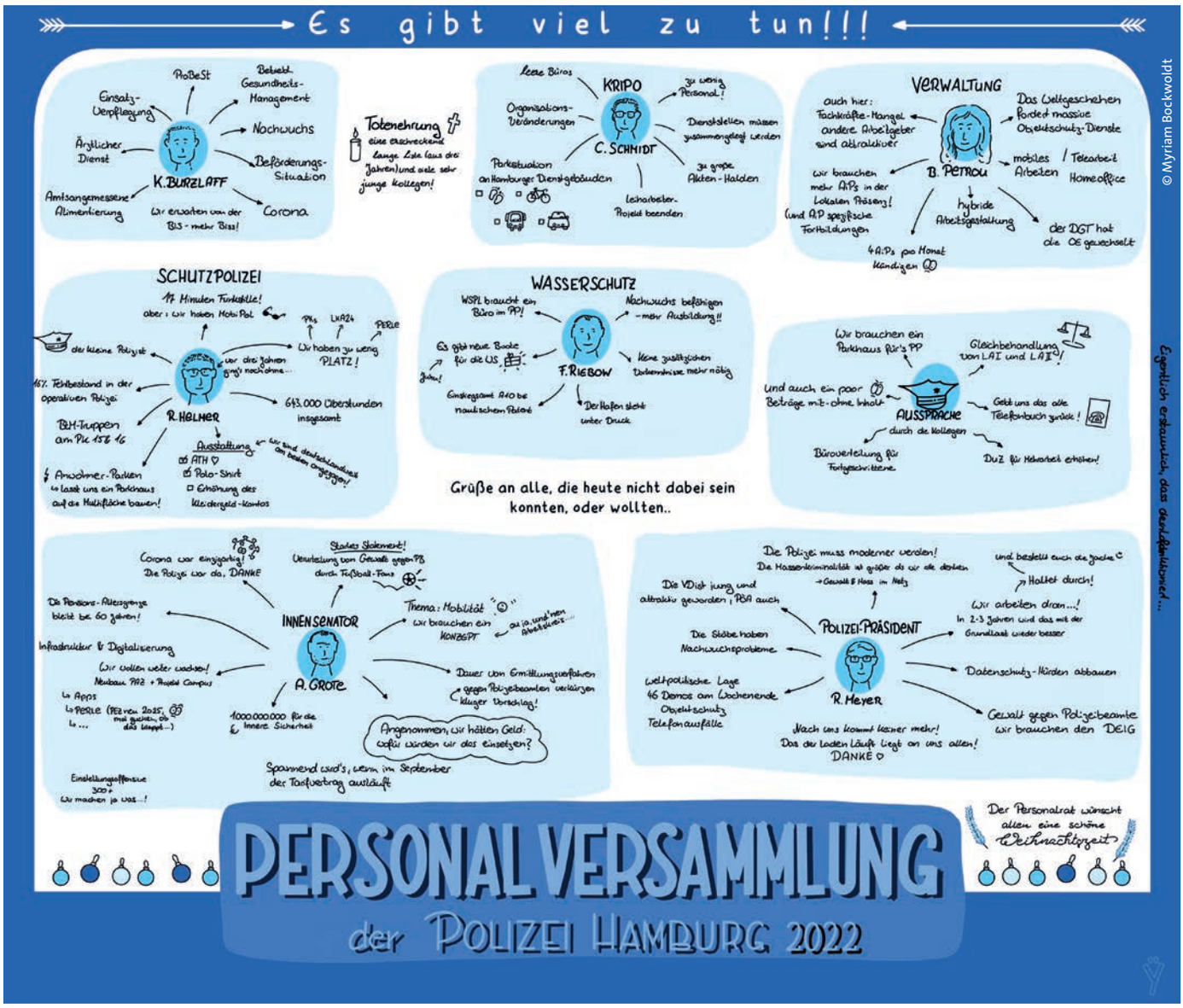
Auch wenn es mittlerweile technische Möglichkeiten gibt, im Dialog zu bleiben, sind der persönliche Meinungs- und Informationsaustausch durch nichts zu ersetzen. Sich in die Augen zu schauen, einander zuzuhören und dabei unmittelbar auf unterschiedliche Argumente und Sichtweisen konstruktiv einzugehen ist unverzichtbar. Die Einsatzbelastung aller Polizeibeschäftigten ist ungebrochen hoch und die Personalsituation ist nach wie vor „Spitz auf Knopf“, egal ob im Vollzug oder in der Verwaltung, egal an welcher Dienststelle! Der Landesvorsitzende der ***DPolG Hamburg***, Thomas Jungfer, schloss sich in seinem Grußwort an die Kolleginnen und Kollegen den inhaltlichen Forderungen des Personalrats an. Für die ***DPolG Hamburg*** bleiben die Wiedereinführung der Freien Heilfürsorge, die Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage und die zwingende Einführung der zweigeteilten Laufbahn für die uniformierte Polizei bedeutende gewerkschaftspolitische Wegmarken. Die Steigerung der Attraktivität des Polizeiberufes muss spürbar und durchgreifend sein! Wie soll es sonst gelingen, genug geeignete Bewerberinnen und Bewerber für die Polizei zu interessieren? Den Kampf um die besten Köpfe gewinne man nicht durch Imagekampagnen, so Thomas Jungfer weiter. Natürlich begrüßt die ***DPolG*** die Erhöhung der Einstellungszahlen und es ist an der Zeit, dass die Akademie der Polizei den Auszubildenden endlich Rahmenbedingungen bietet, die angemessen und absolut notwendig sind, um eine moderne und den heutigen Anforderungen gerecht werdende Polizeiausbildung zu bieten. Dazu brauchen wir in erster Linie mehr Personal und die Anerkennung und Wertschätzung aus der Politik, die uns den Rücken freihält und nicht mit Misstrauen begegnet. In diesem Zusammenhang kritisierte Thomas Jungfer scharf den Umgang des Senats und des nachgeordneten Personalamts mit den Beamtinnen und Beamten sowie den Ruhestandsbeamten hinsichtlich der Widersprüche und Klagen zur amtsangemessenen Alimentation.

Was sich der Hamburger Senat hier erlaubt, ist deutschlandweit ohne Beispiel und völlig inakzeptabel

Es ist nur den Polizeigewerkschaften und der Klagebereitschaft zahlreicher Kolleginnen und Kollegen zu verdanken, dass sich mit der Zahlung von Angleichungszulagen bisher überhaupt etwas bewegt hat. „Das wird noch ein langer Gang durch die Gerichtsbarkeit“, so Thomas Jungfer weiter. Der Geschäftsbericht des Personalrates erfolgte themen- und laufbahnzweigbezogen durch den Personalratsvorsitzenden Klemens Burzlaff, die stellvertretende Personalratsvorsitzende Beate Petrou (***DPolG***) für den Laufbahnzweig Verwaltung, siehe dazu Seite 5 in dieser Ausgabe, den Beisitzer im Personal-

ratsvorstand Christian Schmidt (BDK) für den Laufbahnzweig Kriminalpolizei, Ronald Helmer (***DPolG***) berichtete für die Schutzpolizei und Frank Riebow (***DPolG***) informierte über Themenfelder innerhalb des Laufbahnzweiges Wasserschutzpolizei. Personalratsvorsitzender Klemens Burzlaff nutzte zunächst die Gelegenheit sich bei allen Kolleginnen und Kollegen für die während der Pandemie hochprofessionell geleistete Arbeit zu bedanken. Wenn es darauf ankommt, sind wir da und können uns aufeinander verlassen. „In der Krise erkennt man den Charakter und der stimmt bei uns!“, so Klemens Burzlaff gegenüber den anwesenden Kolleginnen und Kollegen. Corona beweise einmal mehr, woran es an der Polizei Hamburg eben nicht mangelt – an der Einsatzbereitschaft und dem Engagement unserer Kolleginnen und Kollegen. Da waren und sind wir alle großartig und unabhängig von den sonstigen Rahmenbedingungen stehen wir füreinander ein! Klemens Burzlaff kritisierte darüber hinaus das Fehlen eines Ärztlichen Dienstes in der Polizei, die unzureichende beziehungsweise einseitige Einsatzverpflegung und den Umgang des Senats mit den Widersprüchen und Klagen zur amtsangemessenen Alimentation. Er forderte des Weiteren Behörden- und Amtsleitung auf, rechtzeitig dafür Sorge zu tragen, dass sich hinsichtlich der Beförderungen im Polizeivollzug nach A 8 bis einschließlich A 10 kein unüberwindlicher „Flaschenhals“ entwickelt, der zu überlangen Verweilzeiten im Statusamt führt. Innensenator Andy Grote (SPD) nutzte im Rahmen seiner Rede die Gelegenheit, allen Kolleginnen und Kollegen für ihre geleistete Arbeit zu danken. Insbesondere hob der Senator die polizeiliche Präsenz während der Hochphase der Pandemie und die exzellente Arbeit aller Polizeibeschäftigten hervor. Grote verwies auf die abgeschlossenen Haushaltsverhandlungen und auf das weiter angestiegene Budget der Innenbehörde – über eine Milliarde Euro umfasst der neue Doppelhaushalt. Der Personalzuwachs wird auch unter schwierigeren Rahmenbedingungen fortgeführt und die Altersgrenze von 60 Jahren bleibt für die Kolleginnen und Kollegen des Polizeivollzuges erhalten, so der Innensenator weiter. Über die Nutzung möglicher finanzieller Spielräume in der Zukunft möchte der Innensenator gerne breiter diskutieren und dabei prioritär vorgehen. Polizeipräsident Ralf Martin Meyer lobte ebenfalls die Einsatzbereitschaft und das Durchhaltevermögen aller Kolleginnen und Kollegen und kündigte unter anderem weitere IT-Projekte an, um die polizeiliche Arbeit weiter zu erleichtern und effizienter zu gestalten. Problemen, die sich aus ausgewiesenen Bewohnerparkgebieten ergeben, wird sich eine Arbeitsgruppe annehmen.

Der Landesvorstand



Die Einsatzverpflegung ist so wichtig wie der Einsatz selbst

Von Klemens Burzlaff,
Personalratsvorsitzender und Erster stellvertretender Landesvorsitzender

Klemens Burzlaff

Vielleicht spielt es derzeit keine Rolle oder – und das wäre sicher die schlechtere Option – es wird der Einsatzverpflegung bei Großlagen nicht (mehr) die entsprechende Priorität beigemessen.

Ich kann mich noch gut an das Jahr 2017 erinnern: Hamburg richtete den G20-Gipfel aus und hatte logistisch ein fast aussichtsloses Unterfangen vor sich. Egal in welchen Bereichen, es wurde groß gedacht und genau das hat letztlich dazu geführt, dass die Verpflegung den entsprechenden Stellenwert erhielt. Zugegeben, die Rahmenbedingungen waren damals andere, jedoch war uns allen klar, dass nur eine gut vorbereitete Verpflegungslogistik zu einem erfolgreichen Einsatz führen kann. Mittlerweile sind fünf Jahre vergangen und vielleicht war das Klimacamp der Grund dafür, warum dieses Thema erst jetzt wieder aktuell wurde.

Durch wenige Einsatzanlässe, die eine Verpflegungslage rechtfertigten, gerieten alle Lobeshymnen und Beteuerungen, wie wichtig eine gute Versorgung der eingesetzten Kolleginnen und Kollegen sei, in Vergessenheit.

Selbstkritisch muss die ***DPolG Hamburg*** feststellen, dass auch wir dieses Thema nach dem G20-Gipfel nicht mit der nötigen Stringenz verfolgt haben. Denn es ist ja eigentlich naiv zu glauben, dass die Dienststelle selbst ein originäres Interesse daran hat, hier vernünftige Strukturen zu schaffen. Aber warum eigentlich? Eventuell, weil mit diesem Thema keine Lorbeeren eingefahren werden und weil es auch immer bedeutet, dass zusätzliches Personal freigestellt und Lehrgänge besucht werden müssen? Jeder möchte davon profitieren, aber nur wenige sind bereit, auch etwas zu geben, und vor allem muss man sich mit dem Aufwand, den Menschen und mit den Aufgaben auseinandersetzen. Allerdings ist es müßig, nach hinten zu schauen, wir richten den Blick nach vorn und versuchen aus den Erfahrungen des Klimacamps zu lernen.

Auch das kann die Polizei Hamburg: Verpflegungsstützpunkte auf dem Heiligengeistfeld beim Schanzenviertelfest 2009 ...

Was hätte besser laufen können?

Die Qualität der Verpflegungsbeutel zum Klimacamp war nicht zu beanstanden, doch ein wenig Abwechslung hätte ihm durchaus nicht geschadet. Seit 2017 hat es nicht ein einziges Mal – für Hamburger Kräfte – die Ausgabe einer Warmverpflegung gegeben! Bei dem Umfang und der Größe der BAO „Klimacamp“ hätte es hier mindestens eine Verpflegungsstation geben müssen. Eine Kritik, die besonders von den Kolleginnen und Kollegen zu vernehmen war: Mit den Verpflegungsbeuteln waren wir Lichtjahre von einer nachhaltigen Einsatzverpflegung entfernt. Berge von Plastikmüll wären durch eine warme Mahlzeit gar nicht erst entstanden. Eine Win-win-Situation, denn die durchaus auch finanziellen Vorteile wären nicht von der Hand zu weisen. Was stellen wir also fest?

© Frank Riebow (2)
... und im Jahr 2010.

Verpflegung muss einen entsprechenden Stellenwert erhalten, natürlich mit den nötigen personellen Ressourcen. Klar ist auch, dass der Verpflegungsbeutel nicht aus dem Einsatzleben verschwindet, häufig geht es gar nicht anders, aber Einsätze mit einer entsprechenden Größenordnung müssen die Chance einer Warmverpflegung beziehungsweise eines Verpflegungsstützpunkts erhalten. Der Beutel muss sich verändern – Nachhaltigkeit hat ihren Preis, auch deshalb fordert die ***DPolG Hamburg*** die Erhöhung des Verpflegungssatzes. Oder ist Nachhaltigkeit nur ein Privileg von Bessergestellten? Mit einem positiven Blick in die Zukunft wird die ***DPolG Hamburg*** dieses Thema weiter vorantreiben und diesen Prozess kritisch, aber konstruktiv begleiten. ■

Ohne Personal ist alles nichts – auch in der Verwaltung

Von Beate Petrou,
Vorsitzende des Fachbereiches Verwaltung

Während der diesjährigen Personalversammlung war es nach drei Jahren endlich wieder möglich, die wichtigsten Themen aus der Personalratsarbeit anzusprechen. Faktisch gibt es mittlerweile in allen Dienststellen personelle Engpässe. Der Fachbereich Verwaltung der ***DPolG Hamburg*** möchte an dieser Stelle noch einmal das Wichtigste zusammenfassen und allen Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit geben, angesprochene Themen nachzuvollziehen.

Personalsituation

Nicht nur im Vollzug, auch in der Verwaltung geht die Generation der Babyboomer in den Ruhestand. Das wird in der Verwaltung in den nächsten Jahren deutlich spürbar werden. Das Renteneintrittshöchstalter liegt hier nicht bei 60, sondern bei 67 Jahren. Das personelle Ausdünnen wird also etwas gestreckt, bleibt aber schmerzhaft. In der Polizeiverwaltung gab es in diesem Jahr 94 Ausschreibungen für insgesamt 229 Stellen. Laut Bewerbungsmanagementsystem konnten davon lediglich 61 Stellen besetzt werden. Immer weniger geeignete Bewerber für immer mehr offene Stellen. Auf dem internen Arbeitsmarkt streiten sich Behörden und Ämter um die fähigsten Kolleginnen und Kollegen. Auch die Privatwirtschaft hat erkannt, dass es sich lohnt, im Mitarbeiterpool der Stadt nach geeignetem Personal zu fischen. Kurze Arbeitswege, moderne Arbeitsformen und soziale Benefits sollen die potenziellen Mitarbeiter locken. Wie schwierig das Halten von Personal ist, lässt sich am Beispiel der seit vielen Jahren durch Fluktuation gebeutelten Personalabteilung zeigen. Bei PERS 3 werden Kolleginnen und Kollegen eigearbeitet, haben als Personalsachbearbeiter dann aber in anderen Ämtern bessere Chancen und wechseln. Ähnliche Reaktionen werden auch in der Landespolizeiverwaltung beobachtet. Mit diesen schwierigen Rahmenbedingungen stehen wir dann als Polizei vor einer weiteren Hürde – den Sparmaßnahmen. Der Haushalt gibt es vor, wir müssen Personalkosten in der Verwaltung einsparen. So tragen wir derzeit eine Vakanz von zwölf Prozent, die bereits im nächsten Jahr auf 14 Prozent aufwachsen soll. Es ist ein Trugschluss, wenn behauptet wird, dass die Polizei von den Personaleinsparungen ausgenommen sei. Ausnahmen gibt es nur für den Polizeivollzug. Die personellen Lücken in der Verwaltung müssen die Kolleginnen und Kollegen des Vollzuges auffüllen, denn die Arbeit muss ja weiterhin erledigt werden. Ein weiteres Beispiel – die Angestellten im Polizeidienst (AiP). Hier machen uns die Einstellungszahlen sorgen. Hatte man doch Ende 2020 endlich die AiP-Lücke geschlossen, dann wurde jedoch aufgehört, weitere AiP einzustellen. Monatlich wechseln circa vier AiP ihre Funktion, deshalb kam es schnell zur personellen Unterdeckung und darüber hinaus ist der Arbeitsmarkt leergefegt. Waren es bei den Neueinstellungen zum 2. Januar 2021 noch 27 AiP, so konnten am 1. August 2022 lediglich 14 und am 1. September dieses Jahres nur 15 AiP eingestellt werden. Ebenso personelle Engpässe bei den Angestellten im LKA 1, im Basisdienst und im Deliktsbereich Betrug. Personalmangel und Halden, veränderte Stellenbeschreibungen und gerechte Eingruppierung, ebenfalls Themen, um die sich gekümmert werden muss.

Moderne Arbeitsformen

Personalentwicklung und Personalrat haben gemeinsam die Telearbeit weiterentwickelt. Die Telearbeit startete 2014 mit einem Pilotprojekt und auf Grundlage einer Dienstvereinbarung mit 20 Plätzen. Heute arbeiten etwa 750 Kolleginnen und Kollegen in Telearbeit und mit dem mobilen Arbeiten ist ein weiterer Schritt in die moderne Arbeitswelt gemacht. Mittlerweile haben Spitzenorganisationen und Personalamt eine neue 93er-Vereinbarung „Arbeiten an einem anderen Ort“ abgeschlossen. Demnach soll es zukünftig weiter die alternierende Telearbeit aus den bekannten sozialen Gründen mit festen Tagen geben. Die Regelform ist aber die mobile Arbeit. Telearbeit kommt in Betracht, wenn aufgrund besonderer persönlicher Umstände – zum Beispiel Pflege- oder Erziehungsaufgaben oder einer Behinderung oder einer chronischen Erkrankung – ein Bedürfnis für eine verlässliche und langfristig planbare Gestaltung des Arbeitsortes besteht. Auch hier gilt es, eine ergänzende Dienstvereinbarung zwischen der Dienststelle und dem Personalrat abzustimmen, Residenzpflichten und ein Wegfall des Entscheidergremiums wird es mit der ***DPolG Hamburg*** nicht geben. Jeder Beschäftigte, der die modernen Arbeitsformen nutzen wird, erklärt sich bereit, am Konzept moderne Arbeitsstätten teilzunehmen. Desksharing ist ein Konzept zur freien Wahl von Büroarbeitsplätzen, wobei regelmäßig weniger Arbeitsplätze als Beschäftigte vorhanden sind. Auch hier soll es eine 93er-Vereinbarung geben, die die zukünftige Büroflächenverkleinerung und Verteilung regeln wird. In der Polizei probiert man sich beim Desksharing bereits aus. Der Wandel in der Arbeitswelt ist nicht aufzuhalten, er ist längst in der Polizei angekommen. ■

Bundesjugendkongress 2022: Zusammen sind wir groß

Von Nicholas Kriegk, Landesjugendleiter

Das Team der JUNGEN POLIZEI mit dem Landesvorsitzenden Thomas Jungfer und Christine Höxtermann.

Anfang November dieses Jahres kamen in Leipzig unter dem Motto „Zusammen sind wir groß“ zahlreiche Delegierte zum Bundesjugendkongress der JUNGEN POLIZEI zusammen. Der alle fünf Jahre stattfindende Kongress ist das höchste Beschlussgremium der Nachwuchsorganisation der ***Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG)***. Auf ihm wählen Delegierte aus allen Bundesländern sowie der Bundespolizei eine neue Führungsspitze, beraten und beschließen Anträge und bestimmen somit die gewerkschaftspolitische Ausrichtung der Bundesjugendleitung für die kommende Legislaturperiode. Die JUNGE POLIZEI der ***DPolG Hamburg*** nahm mit Landesjugendleiter Nicholas Kriegk (AK 21), Daryl Fee Günther (PK 21) und Timo Reche (WSPK 2) als ordentliche Delegierte am Bundesjugendkongress teil. Niklas Löwe (PK 44) und Christoph Sietz (PK 25) vervollständigten unser Team als Gastdelegierte.

Bereits Monate vor dem eigentlichen Kongress waren etliche Aufgaben zu erledigen, so galt es unter anderem für die Hamburger Delegation, in einer mehrstündigen Online-Sitzung über zahlreiche Anträge sowie Kandidatinnen und Kandidaten zu diskutieren.

Am 3. November startete unsere Reise nach Leipzig, wo unsere Delegation trotz „DB-Verspätung“ gut gelaunt in der sächsischen Metropole eintraf. Während Landesjugendleiter Nicholas Kriegk noch an der Bundesjugendkonferenz zur Vorbesprechung des Kongresses mit den anderen Landesjugendleiterinnen und -leitern teilnahm, unterstützten Daryl, Timo, Niklas und Christoph beim Aufbau und den letzten Vorbereitungen. Pünktlich um 10 Uhr begann dann am 4. November der Bundesjugendkongress. Neben zwei satzungsändernden Anträgen standen die Entlastung der alten Bundesjugendleitung und die Wahl der neuen Bundesjugendleitung auf der Tagesordnung. Durch den Kongress und die umfangreiche Tagesordnung führte souverän auch „unsere“ Christine Höxtermann als stellvertretende Tagungspräsidentin. Nach zahlreichen, auch emotionalen Worten wurde die alte Bundesjugendleitung schließlich durch die Delegierten des Bundesjugendkongresses entlastet. Gedankt sei an dieser Stelle ganz herzlich „unseren“ Hamburgern Matthias Hoppe und Liv Grolik für ihre intensive Arbeit als Mitglieder der Bundesjugendleitung und natürlich dem ehemaligen Bundesjugendleiter Michael Haug! Anschließend stellten sich die Kandidatinnen und Kandidaten für die neue Bundesjugendleitung zur Wahl. Als neuer Bundesjugendleiter wurde mit überragender Mehrheit William Bobach (Bundespolizei) gewählt. Zum Ersten stellvertretenden Bundesjugendleiter wählten die Delegierten Behnam Teimouri Hastgerdi aus Berlin. Vervollständigt wird die neue Bundesjugendleitung durch Cassandra Poll (Rheinland-Pfalz), Nils Gäbel (Sachsen-Anhalt), Jasmin Schmaler (Brandenburg) und Sebastian Scherbinski (Niedersachsen). Die JUNGE POLIZEI Hamburg wünscht euch für eure bevorstehende Amtszeit und die vor euch liegenden Aufgaben alles Gute und viel Erfolg! Anschließend fand mit vielen geladenen Gästen die Öffentlichkeitsveranstaltung statt, an der auch unser Hamburger Landesvorsitzender Thomas Jungfer teilnahm. Neben vielen Grußworten, unter anderem vom Bundesvorsitzenden Rainer Wendt und der Bundestagsabgeordneten Ria Schröder (FDP) fand eine Podiumsdiskussion zu verschiedenen polizei- und sicherheitspolitisch relevanten Themen statt. Der Kongresstag schloss mit einer sehr gelungenen Abendveranstaltung. Am dritten Tag endete der Bundesjugendkongress dann mit dem Beschließen der Anträge. Nach einer als endlos empfundenen Zeit, in der aufgrund der Pandemie keine Präsenzveranstaltungen möglich waren, war es wieder großartig, dass der Bundesjugendkongress 2022 nach „alter Art“ stattfinden konnte. Unser Kongressmotto „Zusammen sind wir groß“ war definitiv keine hohle Phrase, sondern eine Einstellung, die man bei allen Delegierten spüren konnte.

Wir freuen uns auf die nächsten gemeinsamen Arbeitstagungen, Konferenzen und Vor-Ort-Termine mit den vielen tollen Kolleginnen und Kollegen, die sich in Bund und Ländern für die Interessen und Belange der Polizeibeschäftigten und der ***DPolG*** einsetzen. Vielen Dank für einen tollen Bundesjugendkongress!

DPolG-Kommission Verkehr tagte in Hamburg

Ende Oktober weilte die ***DPolG***-Kommission Verkehr unter der Leitung von Polizeidirektor Bernd Heller mit ihrer dritten Sitzung in Hamburg. Die Kommission Verkehr der ***Deutschen Polizeigewerkschaft*** wurde in einer konstituierenden Sitzung am 11. März 2010 in Berlin von vier Polizeibeamten des höheren Dienstes gegründet und berät seither insbesondere den Bundesvorsitzenden sowie die Bundesleitung der ***DPolG*** in verkehrssicherheitsrelevanten Angelegenheiten. Mittlerweile setzt sich die Kommission aus insgesamt sechs Polizeibeamten sowie einem Juristen aus den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg zusammen und kann hierdurch auf ein breit gefächertes Erfahrungs- und Expertenwissen zurückgreifen. In Hamburg wurde die Kommission um ein weiteres Mitglied erweitert. Wolfgang Breust, langjähriges Mitglied der ***DPolG Hamburg*** und seit dem 1. November dieses Jahres neuer Leiter der Verkehrsdirektion der Polizei Hamburg, hat sich der Kommission Verkehr angeschlossen und kann mit seinem breiten Fachwissen im Bereich des Verkehrssektors die Arbeit der Kommission bereichern. Ziel der Kommissionsarbeit ist die stetige Verbesserung der Verkehrssicherheit in Deutschland und die langfristige Realisierung der „Vision Zero“. Der Landesvorsitzende der ***DPolG Hamburg***, Thomas Jungfer, sowie der Bundesvorsitzende Rainer Wendt waren als Gäste am ersten Tag der Kommissionssitzung anwesend. Schwerpunktthemen der diesjährigen Sitzung waren unter anderem die Auswirkungen der Legalisierung von Cannabis auf die Straßenverkehrssicherheit sowie die Mobilität im Alter. Insbesondere die Mobilität älterer Menschen kann aufgrund der wachsenden Anzahl betagter Menschen zu Problemen führen, da die körperlichen Fähigkeiten im Alter abnehmen. Hier gilt das besondere Augenmerk den Seniorinnen und Senioren ab einem Alter von 75 Jahren. Deshalb setzt sich die ***DPolG*** unter anderem für eine bundesweite kostenfreie Nutzung des ÖPNV ab einem Alter von 75 Jahren ein. Die ***DPolG Hamburg*** bedankt sich bei Wolfgang Breust für sein Engagement in der Kommission Verkehr und wünscht ihm auch für seine neue Funktion als Leiter der Verkehrsdirektion alles Gute. ■

Vlotho-Seminar 2023

Das Seminar „Innere und äußere Sicherheit in Europa“ am Gesamteuropäischen Studienwerk e. V. (GESW) findet vom 1. bis zum 5. Mai 2023 in Vlotho statt.

Themen:

- Innere Sicherheit in Deutschland
- Abfallkriminalität in der EU und Besuch einer Abfallverbrennungsanlage
- Dopingdelikte in der EU
- Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität in der EU
- Krisenkommunikation in Deutschland und der EU
- Wirtschaft in Deutschland, der EU und Weltwirtschaft in Zeiten des Ukraine-Krieges

Der Teilnahmebeitrag beträgt circa 250 Euro (aufgrund der enormen Kostensteigerungen ist eine genaue Benennung der Kosten zurzeit nicht möglich).

Seminarleitung: Dr. Gerhard Schüsselbauer (GESW) und Jörg Lauenroth (LKA BW); Anmeldung via E-Mail an: joerg.lauenroth@polizei.bwl.de

Die HBFEK – Hausratversicherung seit 1902

Anerkannte Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes

Seit 120 Jahren hilft die HBFEK ihren Mitgliedern schnell und unkompliziert – auch Ihnen, wenn Sie Ihren Hausrat bei uns gut und günstig versichert haben!

Für nur 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme inklusive Versicherungsteuer versichern wir Ihren Hausrat gegen Schäden durch Feuer, Blitzschlag, Induktion, Implosion, Einbruch- und Fahrraddiebstahl, Vandalismus, Raub, Leitungswasser, Sturm und Hagel. So zahlen Sie z.B. für eine Versicherungssumme von 50.000 € einen Jahresbeitrag von nur 60 €. Sie finden kaum eine andere Versicherung, die da mithalten kann. Zusätzlich können Sie auch Versicherungsschutz gegen Elementarschäden vereinbaren.

Sie sind im öffentlichen Dienst oder in ähnlichen Bereichen beschäftigt und wohnen in Hamburg und Umgebung oder in Schleswig-Holstein? Dann wechseln Sie jetzt zu uns als Ihrem Hamburger Traditionsunternehmen.

Bei unserem Geschäftsführer, Herrn Suppe, sind Sie in guten Händen. Sie erhalten ausführliche Informationen und eine freundliche und kompetente Beratung bei allen Fragen zu Ihrem Versicherungsschutz (Tel. 040 – 33 60 12). Oder besuchen Sie uns im Internet unter www.hbfek.de.
Schnellentschlossene finden dort auch gleich ein Antragsformular.

Hermannstraße 46
20095 Hamburg
Telefon (040) 33 60 12
Telefax (040) 280 59 606

info@hbfek.de
www.hbfek.de

© Pixabay

Cyberspionage und Cybercrime

Der deutschen Wirtschaft entsteht ein jährlicher Schaden von rund 203 Milliarden Euro (!) durch den Diebstahl von IT-Ausrüstung sowie von Daten, durch Spionage und Sabotage.

Das sind Ergebnisse einer Studie im Auftrag des Digitalverbands Bitkom, für die mehr als 1.000 Unternehmen quer durch alle Branchen repräsentativ befragt wurden. Praktisch jedes Unternehmen in Deutschland wird Opfer: 84 Prozent der Unternehmen waren im vergangenen Jahr betroffen, weitere neun Prozent gehen davon aus. Dabei sind die Angriffe aus Russland und China zuletzt sprunghaft angestiegen.

Zusammengefasst stellt sich das folgendermaßen dar:

- Neun von zehn Unternehmen werden Opfer von Datendiebstahl, Spionage oder Sabotage.
- Rolle der Organisierten Kriminalität nimmt stetig zu.
- Starker Anstieg von Cyberangriffen aus Russland und China.

Dazu der Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Sinan Selen: „Die Grenzen zwischen Cyberspionage und Cybercrime verschwimmen zunehmend. Wir müssen uns nicht nur auf ein Outsourcing von Spionage einstellen, sondern auch darauf, dass Staaten Cybercrime als Deckmantel für eigene Operationen nutzen. Wir stellen eine Vermischung analoger und digitaler Angriffsvektoren fest. Zudem wechseln staatliche Akteure ihr Zielspektrum flexibel, je nach politischer Agenda, von Wirtschaft zu Politik und umgekehrt.“ ■

„Zitiert“

„Völlig zu Recht regt sich Unmut, und man fragt sich, was in einem Kopf so ganz generell schieflaufen muss, um Tomatensoße oder Kartoffelpüree auf Meisterwerke der Kunstgeschichte zu kippen.“

Anna Schneider,
Chefreporterin, „Die Welt“

© Martin U. K. Lengemann

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
*liebe Leserinnen und Leser des **POLIZEISPIEGELS**,*

der Landesvorstand der
Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG)
*und die Redaktion „**POLIZEISPIEGEL**“*
wünschen euch/Ihnen
ein ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest
und einen guten Rutsch
in ein erfolgreiches neues Jahr 2023.

Thomas Jungfer,
Landesvorsitzender

Frank Riebow,
Landesredakteur

© Pixabay

Ruhestand*

Folgende Kollegen sind zum 31. Oktober 2022 in den Ruhestand gegangen:

Schutzpolizei

POK Torsten Butz	VD 2
POK Steffen Beil	PK 21

* Ruhestandsdaten werden nur veröffentlicht, wenn eine Einverständniserklärung vorliegt.